Schultze & Braun
1975 - 2025

Dr. Markus Schuster
Rechtsanwalt
Bachelor of Science in Wirtschaftswissenschaften (B.Sc.)

Schultze & Braun
Rechtsanwaltsgesellschaft
für Insolvenzverwaltung mbH
Paulinenstraße 41
70178 Stuttgart
P Augustenstr. 1

Schultze & Braun, Paulinenstraße 41, 70178 Stuttgart

EINWURF-EINSCHREIBEN
Herrn Frank Talmon L'Armée
Veilchenweg 18
71723 Großbottwar

Aktennummer
50155-25 SCP

Telefon
+49 (0) 711/23889-555

Telefax
+49 (0) 711/23889-200

E-Mail
MSchuster@schultze-braun.de

Datum
2025-06-02 SCP-kir

Insolvenzverfahren: **SEMODU AG, Maximilianstraße 2, 80539 München**
Hier: **Geschäftsführerhaftung**

Sehr geehrter Herr L'Armée,

in vorbezeichneter Angelegenheit hat das Amtsgericht Heilbronn - Insolvenzgericht - mit Beschluss vom 1. November 2024 das Insolvenzverfahren eröffnet und mich als Insolvenzverwalter bestellt. Eine Kopie des Beschlusses ist beigefügt.

Grund meines Schreibens sind Ansprüche wegen der Haftung für Zahlungen nach Insolvenzreife.

Die Frage, ob § 64 GmbHG a. F. oder § 15b InsO für die Insolvenzverschleppung maßgeblich ist, beantwortet Art. 103m EGInsO (in der Ergänzung durch Art. 36 des MoPeG vom 10. August 2021). Danach sind auf Zahlungen, die vor dem 1. Januar 2021 vorgenommen worden sind, die bis zum 31. Dezember 2020 geltenden gesetzlichen Vorschriften (mithin § 64 GmbHG a. F.) weiterhin anzuwenden.

Da die zurückverlangen Zahlungen hier nach dem 1. Januar 2021 erfolgten (siehe nachfolgend unter 2.), beurteilt sich der Fall nach § 15b InsO.

DATENSCHUTZ: Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.schultze-braun.de/dsinso. Alternativ können Sie die Informationen auch bei uns anfordern.

Geschäftsführer: RA Rüdiger Bauch · RA Holger Blümle · RA Volker Böhm · RA Stefano Buck · RA Ralph Bünning · RA Dr. Thomas Dithmar · RAin Dr. Elske Fehl-Weileder · RA Dr. Dietmar Haffa · RA Dr. Dirk Herzig · RA Tobias Hirte · RA Harald Kroth · RA Dr. Dirk Pehl · RAin Heitje Thürnagel

Sitz: Eisenbahnstraße 19-23, 77855 Achern · Amtsgericht Mannheim HRB 220689

Adressen: Achern · Aschaffenburg · Augsburg · Braunschweig · Bremen · Chemnitz · Dresden · Erfurt · Frankfurt am Main · Freiburg · Halle · Hannover · Hof · Karlsruhe · Leipzig · Magdeburg · Mannheim · München · Nürnberg · Rottweil · Saarbrücken · Stuttgart · Würzburg

social media: www.schultze-braun.de LinkedIn YouTube

USt-ID-Nr.: DE 194442137

Wir sind zertifiziert nach **DIN EN ISO 9001 : 2015** und nach den **Grundsätzen ordnungsgemäßer Insolvenzverwaltung (GOI)**

Nach § 15b Abs. 4 S. 1 InsO sind die Antragspflichtigen einer juristischen Person zur Erstattung von Zahlungen verpflichtet, die nach dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung der juristischen Person vorgenommen werden. Hier liegt folgender Sachverhalt zugrunde.

1. Insolvenzreife

Der zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens führende Antrag ging am 31. Juli 2024 beim Amtsgericht Heilbronn - Insolvenzgericht - ein.

Die Schuldnerin war jedoch bereits zuvor zahlungsunfähig im Sinne des § 17 InsO, mithin insolvenzreif. Das Zahlungsverbot gilt nach dem Eintritt der Insolvenzreife.

1.1 Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO

Der Begriff der Zahlungsunfähigkeit in § 17 InsO und in § 15b InsO ist deckungsgleich (Braun/Bußhardt, InsO, 9. Aufl., § 17 Rn. 7).

Von einer Zahlungsunfähigkeit ist regelmäßig auszugehen, wenn die innerhalb von drei Wochen nicht zu beseitigende Liquiditätslücke des Schuldners 10 % oder mehr beträgt, sofern nicht ausnahmsweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass die Liquiditätslücke demnächst vollständig oder fast vollständig geschlossen wird und den Gläubigern ein Zuwarten nach den besonderen Umständen des Einzelfalls zuzumuten ist (Erweiterte Liquiditätsbilanz mit Aktiva I und II sowie Passiva I und II; vgl. BGHZ 163, 134 (145) = NZI 2005, 547; BGHZ 169, 17 = NZI 2006, 693 Rn. 16; BGH NZI 2007, 36 Rn. 27 f.; NZI 2007, 517 Rn. 37; NZI 2013, 140 Rn. 19; BGHZ 217, 129 = NZI 2018, 204 Rn. 10, 32).

Nach dem Bundesgerichtshof kann die Zahlungsunfähigkeit auch auf andere Weise dargelegt werden als durch eine solche Zeitraumbetrachtung. So wird es für zulässig erachtet, die Zahlungsunfähigkeit durch einen Liquiditätsstatus auf den Stichtag in Verbindung mit einem Finanzplan für die auf den Stichtag folgenden drei Wochen, in dem tagesgenau Einzahlungen und Auszahlungen gegenübergestellt werden, darzutun (vgl. BGZ WM 2022, 1287 = BeckRS 2022, 14313 Rn. 18). Es spricht auch nichts dagegen, zur Darlegung der Zahlungsunfähigkeit mehrere tagesgenaue

Liquiditätsstatus in aussagekräftiger Anzahl aufzustellen, in denen ausgehend von dem am Stichtag eine erhebliche Unterdeckung ausweisenden Status an keinem der im Prognosezeitraum liegenden bilanzierten Tage die Liquiditätslücke in relevanter Weise geschlossen werden kann (BGH, Urteil vom 28. Juni 2022 - II ZR 112/21; vereinfachter Liquiditätsstatus mit Aktiva I und Passiva I).

Die Zahlungsunfähigkeit wird gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 InsO gesetzlich vermutet, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat.

Zahlungseinstellung ist dasjenige nach außen hervortretende Verhalten des Schuldners, in dem sich typischerweise ausdrückt, dass er nicht in der Lage ist, seine fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Es muss sich mindestens für die beteiligten Verkehrskreise der berechtigte Eindruck aufdrängen, dass der Schuldner außerstande ist, seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen zu genügen. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs reicht die tatsächliche Nichtzahlung eines erheblichen Teils der fälligen Verbindlichkeiten für eine Zahlungseinstellung aus. Das gilt selbst dann, wenn tatsächlich noch geleistete Zahlungen beträchtlich sind, aber im Verhältnis zu den fälligen Gesamtschulden nicht den wesentlichen Teil ausmachen. Die Nichtzahlung einer einzigen Verbindlichkeit kann eine Zahlungseinstellung begründen, wenn die Forderung von insgesamt nicht unbeträchtlicher Höhe ist. Die Annahme einer Zahlungseinstellung setzt auch nicht die Feststellung der genauen Höhe der gegen den Schuldner bestehenden Forderungen oder gar eine Unterdeckung von mindestens 10 vom Hundert voraus. Eigene Erklärungen des Schuldners, fällige Verbindlichkeiten nicht begleichen zu können, deuten ebenfalls auf eine Zahlungseinstellung hin, auch wenn sie mit einer Stundungsbitte versehen sind (BGH, Urteil vom 6. Mai 2021 - IX ZR 72/20). Zahlungsverzögerungen können Indiz für die Zahlungseinstellung sein, wenn der Schuldner Forderungen solcher Gläubiger nicht begleicht, auf deren (weitere) Leistungserbringung er zur weiteren Aufrechterhaltung seines Geschäftsbetriebs angewiesen ist. Ferner kann der Mahn- und/oder Vollstreckungsdruck des Gläubigers der Zahlungsverzögerung ein größeres Gewicht verleihen (BGH, Urteil vom 6. Mai 2021 - IX ZR 72/20).

Ein Indiz für eine Zahlungseinstellung stellt weiter die Nichtzahlung sowie die schleppende Zahlung von Sozialabgaben oder Steuerforderungen durch den Schuldner dar (vgl. Urteil des BGH vom 9. Januar 2003 - IX ZR 175/02; Beschluss vom 24. April 2008

- II ZR 51/07). Die mehr als halbjährige Nichtbegleichung von Sozialversicherungsbeiträgen bildet nach ständiger Rechtsprechung ein erhebliches Beweisanzeichen für eine Zahlungseinstellung (BGH, Urteil vom 18. Juli 2013 - IX ZR 143/12, ZIP 2013, 2015 Rn. 12 m.w.N.), das den Schluss allein tragen kann. Eine mehrmonatige - nicht notwendig sechsmonatige - Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen ist geeignet, eine Zahlungseinstellung nahezulegen (BGH, Urteil vom 31. Oktober 2019 - IX ZR 170/18, ZIP 2020, 83, Rn. 13 m.w.N.). Daher kann ein Rückstand von mehr als vier vollen Monatsbeiträgen bei einem einzigen Sozialversicherungsträger die Zahlungseinstellung begründen (vgl. BGH, Urteil vom 20. November 2001 - IX ZR 48/01, BGHZ 149, 178, 187). Entrichtet der Schuldner die Sozialversicherungsbeiträge fortlaufend mit einer Verzögerung von zwei bis drei Monaten oder durchgängig um einen Monat verspätet und erwirkt der Sozialversicherungsträger Beitragszahlungen des Schuldners nur unter Anwendung von Vollstreckungsdruck, ist dies ebenfalls ein Indiz der Zahlungseinstellung (BGH, Urteil vom 28. April 2022 - IX ZR 48/21).

Weiter kann die Zahlungseinstellung auch dadurch zum Ausdruck kommen, dass Ausgangsschecks oder Lastschriften zurück gehen, sich Zwangsvollstreckungsmaßnahmen häufen sowie Löhne und Gehälter schleppend bezahlt werden. (vgl. zusammenfassend Urteile des BGH vom 30. Juni 2011 - IX ZR 134/10; vom 28. April 2008 - II ZR 51/07; vom 14. Februar 2008 - IX ZR 38/04; vom 12. Oktober 2006 - IX ZR 228/03 Rn. 13ff.). Ein weiteres gewichtiges Indiz für die Zahlungsunfähigkeit ist die Nichteinhaltung von Ratenzahlungsvereinbarungen, insbesondere wenn dadurch Gesamtfälligkeit eintritt oder die Nichtzahlung sonstige negativen Folgen für die Beteiligten auslöst (vgl. Urteil des BGH vom 8. Oktober 2009 - IX ZR 173/07; vom 6. Mai 2021 - IX ZR 72/20 Rn. 27).

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist weiter deutliches Indiz für eine Zahlungseinstellung, wenn im fraglichen Zeitpunkt fällige Verbindlichkeiten erheblichen Umfangs bestanden haben, die bis zur Verfahrenseröffnung nicht mehr beglichen worden sind (vgl. BGH, Urteil vom 12. Oktober 2006 - IX ZR 228/03, ZIP 2006, 2222 Rn. 20 ff., 28; Beschluss vom 26. Februar 2013 -II ZR 54/12, GmbHR 2013, 482 Rn. 6 m.w.N.; Urteil vom 18. Juli 2013 - IX ZR 143/12, ZIP 2013, 2015 Rn. 9; vom 8. Januar 2015 - IX ZR 203/12, ZIP 2015, 437 Rn. 15; Urteil vom 28. April 2022 - IX ZR 48/21).

Ich habe zur Frage des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin ein Sachverständigengutachten des Herrn Dipl.-Kaufmann (FH) Kreditanalyst (Frankfurt School of Finance) Stefan Höge eingeholt. In seinem Gutachten vom 6. Januar 2025 kommt der Gutachter zum Ergebnis, dass die Schuldnerin spätestens am 31. Dezember 2023 zahlungsunfähig war. Das Gutachten füge ich Ihnen als **Anlage** bei.

Damit steht fest, dass die Schuldnerin bereits vor dem hier relevanten Zeitraum der ersten zurückverlangten Zahlung zahlungsunfähig war.

1.2 Ergebnis

Damit habe ich dargelegt und bewiesen, dass die Schuldnerin vor dem Stichtag der ersten zurückgeforderten Zahlung insolvenzreif war.

2. Leistung von Zahlungen

Der Geschäftsleiter einer insolvenzreifen Gesellschaft ist zur Sicherung der bestehenden Haftungsmasse verpflichtet. Er hat daher dafür Sorge zu tragen, dass das der Gläubigergesamtheit haftende Vermögen nicht geschmälert wird und im Rahmen des einzuleitenden Insolvenzverfahrens vom Insolvenzverwalter gleichmäßig verteilt werden kann. Eine bevorzugte Befriedigung einzelner Gläubiger hat der Geschäftsleiter grundsätzlich nach Insolvenzreife der Schuldnerin zu verhindern. Deshalb ist der Begriff der Zahlung weit auszulegen (vgl. Urteil des BGH vom 16. März 2009 – II ZR 32/08 Rn. 12; vom 29. November 1999 – II ZR 273/98) und umfasst nicht nur reine Geldzahlungen (Leistungen aus dem Barbestand).

Auch die Einreichung eines Kundenschecks auf ein im Soll geführtes Bankkonto stellt eine Zahlung – nämlich eine solche an die Bank - dar (vgl. Urteil des BGH vom 26. März 2007 – II ZR 310/05; Urteil des BGH vom 29. November 1999 – II ZR 273/98). Ferner sind sämtliche Leistungen und Verrechnungen, die das Vermögen einer Gesellschaft schmälern, umfasst (vgl. Urteil des BGH vom 28. Dezember 2012 – II ZR 244/10 Rn. 21; vom 6. Juni 1994 – II ZR 292/91). Daneben stellt auch eine Leistung Dritter, die zu einer weiteren Ausschöpfung von Sicherheiten der Schuldnerin dem Dritten gegenüber führt, eine solche Zahlung dar (vgl. Urteil des BGH vom 25. Januar 2011 – II ZR 196/09 Rn. 26; vom 25. Januar 2010 – II ZR 258/08 Rn. 10; vom 29. November 1999 – II ZR 273/98).

Im Falle von unbaren Zahlungen (Buchgeldtransfers) ist zwischen kreditorischen (Guthabenkonto) und debitorischen (im Soll geführtes Konto) Bankkonten zu unterscheiden: Bei einem debitorisch geführten Konto sind nach dem BGH (Urteil des BGH vom 23. Juni 2015 – II ZR 366/13, Rn. 11; vom 3. Juni 2014 – II ZR 100/13, Rn. 16; vom 26. März 2007 – II ZR 310/05 Rn. 12) Einzahlungen auf ein solches Konto als eine nach den zitierten Vorschriften verbotene Zahlung zu qualifizieren. Denn der Geschäftsleiter muss in diesem Stadium, wenn er schon seiner Insolvenzantragspflicht nicht rechtzeitig nachkommt, aufgrund seiner Masseerhaltungspflicht wenigstens dafür sorgen, dass entsprechende Zahlungen als Äquivalent für dadurch erfüllte Forderungen der Masse zugutekommen, nicht dagegen nur zu einer Verringerung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber der Bank und damit den genannten Verboten zuwider zu bevorzugter Befriedigung dieser Gesellschaftsgläubigerin führen. Grundsätzlich gebietet es deshalb die primär auf Masseerhaltung zielende Sorgfaltspflicht des Geschäftsleiters, in einer solchen Situation ein neues, kreditorisch geführtes Konto bei einer anderen Bank zu eröffnen und den aktuellen Schuldnern die geänderte Bankverbindung unverzüglich bekanntzugeben.

Das Konto der Schuldnerin bei der Volksbank Backnang eG, Kontonummer 97 295 000, wurde im relevanten Zeitraum ab dem 1. Januar 2024 bis Insolvenzantragstellung am 31. Juli 2024 debitorisch geführt, so dass die Einzahlungen relevant sind. Im Zeitraum vom 2. Januar 2024 bis zum 29. Juli 2024 erfolgten Einzahlungen in Höhe von 1.426.601,24 €, wobei ich - zu Ihren Gunsten - Zahlungseingänge erst ab 100,00 € berücksichtigt habe. Ich füge Ihnen eine Aufstellung der verbotenen Einzahlungen meinem Schreiben als **Anlage** bei.

Diese stellen daher verbotene Zahlungen dar, die eine Erstattungspflicht des Geschäftsleiters auslösen.

3. Ersatzpflichtige bzw. Haftungspersonen im Sinne des § 15b Abs. 4 S. 1, 15b Abs. 6 InsO

Das Zahlungsverbot gilt grundsätzlich für Geschäftsleiter, denen die Insolvenzantragspflicht i.S.d. § 15a InsO obliegt.

Insbesondere gilt das Zahlungsverbot für die nach § 15a Abs. 1 S. 1 InsO antragspflichtigen Mitglieder des Vertretungsorgans und Abwickler einer juristischen Person (vgl. § 15b Abs. 1 S. 1 InsO).

Die Haftung des Geschäftsleiters beginnt mit der Annahme des Amtes oder der Aufnahme der Organtätigkeit auch schon vor der Bestellung, nicht erst mit der Eintragung des Geschäftsführers oder der Gesellschaft in das Handelsregister. Die Haftung endet mit der Beendigung der Organstellung durch Abberufung oder wirksame Amtsniederlegung, wenn die Tätigkeit nicht de facto fortgesetzt wird (vgl. Urteil des BGH zu § 64 GmbHG vom 20. März 1986 - IX ZR 114/85 vom 17. Februar 2003 – II ZR 340/01).

Sie waren im Zeitraum der streitgegenständlichen Zahlungen Geschäftsleiter (= Vorstand) der Schuldnerin.

4. Verschulden

Hinsichtlich des subjektiven Tatbestandes setzt der geltend gemachte Anspruch Verschulden voraus, wobei leichte Fahrlässigkeit genügt. Ausreichend ist Erkennbarkeit des Insolvenzeintritts, die vermutet wird. Den Geschäftsleiter trifft nach der Rechtsprechung des BGH die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass er die Insolvenzreife trotz entsprechender organisatorischer Vorkehrungen nicht erkennen konnte. Der Geschäftsleiter muss insoweit darlegen, dass aus der Sicht eines ordentlichen Geschäftsleiters der Insolvenzgrund nicht erkennbar war. Da das Verschulden des Geschäftsleiters vermutet wird, wird auch die Erkennbarkeit der Insolvenzreife der GmbH für den Geschäftsleiter vermutet (BGH, Urteil vom 19. Juni 2012 – II ZR 243/11, Rn. 10; vom 27. März 2012 – II ZR 171/10, ZIP 2012, 1174 Rn. 13).

Der Geschäftsleiter ist gehalten, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens laufend zu beobachten. Bei Anzeichen einer Krise hat er sich durch Aufstellung eines Vermögensstatus einen Überblick über den Vermögensstand der Gesellschaft zu verschaffen und eine Liquiditätsbilanz zu erstellen (BGH, Urteil vom 19. Juni 2012 – II ZR 243/11 Rn. 9).

Damit ihm die Überschuldung des Unternehmens nicht entgeht, hat der Geschäftsleiter organisatorische Vorkehrungen zu treffen, die es ihm ermöglichen, die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens laufend im Auge zu haben. Der Geschäftsleiter kann sich nicht

darauf berufen, ihm seien Kontrollmöglichkeiten vorenthalten worden; er muss notfalls sein Amt niederlegen oder fristlos kündigen (BGH, Urteil vom 26. Juni 1995 - II ZR 109/94).

Wenn der Geschäftsleiter nicht über die notwendigen persönlichen Kenntnisse verfügt, muss er sich extern sachverständig beraten lassen. Erforderlich ist, dass sich das Vertretungsorgan unter umfassender Darstellung der Verhältnisse der Gesellschaft und Offenlegung der erforderlichen Unterlagen von einem unabhängigen, für die zu klärenden Fragestellungen fachlich qualifizierten Berufsträger beraten lässt. Dazu reicht eine schlichte Anfrage bei einem Steuerberater oder einer anderen fachkundigen Person nicht aus. Die Verhältnisse der Gesellschaft müssen umfassend dargestellt und erforderliche Unterlagen übergeben werden. Die Auskunft muss der Geschäftsleiter einer sorgfältigen Plausibilitätsprüfung unterziehen (BGH, Urteil vom 27. März 2012 – II ZR 171/10, Rn. 16).

Nach Akten- und Informationslage gibt es keinen Anhalt dafür, dass Sie die Insolvenzreife nicht erkennen konnten.

5. Sorgfalt des ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters

Die Erstattungspflicht gilt nicht bei solchen Zahlungen, die nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung, mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar sind (vgl. § 15b Abs. 1 S. 2 InsO). Der Ausnahmetatbestand ist eng auszulegen. Da das Verschulden des Geschäftsleiters vermutet wird, muss er beweisen, dass die Zahlung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters entsprochen hat (vgl. BGH, Urteil zu § 64 GmbHG vom 5. Mai 2008 - II ZR 38/07 Rn.8; vom 14. Mai 2007 - II ZR 48/06 Rn. 11).

Die Tilgung fälliger Verbindlichkeiten ist dem Geschäftsleiter nach Insolvenzreife grundsätzlich verboten. Eine Verkürzung der Insolvenzmasse ist zu verhindern (vgl. Urteil des BGH vom 8. Juni 2009 – II ZR 147/08 Rn. 13).

Vorliegend sind die Voraussetzungen nicht gegeben, dass die Zahlungen mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters von Gesetzes wegen vereinbar sind.

Nur ausnahmsweise sind masseschmälernde Zahlungen von Gesetzes wegen mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar.

Sie können sich nicht auf gesetzliche Vermutungen berufen, wonach die Zahlungen als mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar gelten.

Im vorliegenden Fall sind verbotene Einzahlungen auf das debitorisch geführte Konto der Volksbank Backnang eG streitgegenständlich. Die im Gesetz geregelten und vom BGH entwickelten Fallgruppen der mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbarten Zahlungen beziehen sich auf kreditorische Konten und sind daher nicht anwendbar. Die erfolgten Einzahlungen sind folglich nicht sorgfaltsgemäß erfolgt.

6. Gläubiger des Anspruchs

Gläubigerin des geltend gemachten Anspruchs ist die Gesellschaft. Nach Insolvenzverfahrenseröffnung macht der Insolvenzverwalter den Anspruch geltend (vgl. BGH, Urteil zu § 64 GmbHG vom 7. Juli 2008 - II ZR 26/07).

7. Rechtsfolgen und Zahlungsaufforderung

Ich fordere Sie daher auf, den geltend gemachten Betrag in Höhe von **1.426.601,24 €** bis zum

23. Juni 2025

auf das eingerichtete Insolvenzsonderkonto

Dr. Markus Schuster/SEMODU AG
Deutsche Bank AG
DE58 6007 0024 0143 4646 12
DEUTDEDBSTG

unter Angabe des Verwendungszwecks „Geschäftsleiterhaftung" zu bezahlen.

Nach Eingang der Zahlung können Sie den Betrag zur Insolvenztabelle anmelden.

Nach fruchtlosem Fristablauf behalte ich mir vor, die Ansprüche gerichtlich geltend zu machen.

Die Schuldnerin hat bei der HISCOX SA (fortan: HISCOX), Bernhard-Wicki-Straße 3, 80636 München, eine (noch laufende) D&O-Versicherung abgeschlossen. Die Versicherungssumme beträgt 2,0 Mio. €. Ich habe daher dieses Schreiben parallel zur Kenntnis an HISCOX gesandt. Dies entbindet Sie jedoch nicht von eigenen Anzeige- und/oder Informationspflichten gegenüber HISCOX.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Markus Schuster
Rechtsanwalt als Insolvenzverwalter
Schultze & Braun Rechtsanwaltsgesellschaft für Insolvenzverwaltung mbH

Anlagen
- Eröffnungsbeschluss
- Sachverständigengutachten vom 6. Januar 2025
- Aufstellung der Einzahlungen

Semodu AG

Eintritt der ZU am 31.12.2023
hier relevant: Zahlungseingänge > 100 EUR

Ins-Antrag am 31.07.2024

Volksbank Backnang eG, Konto Nr. 97 295 000, Sachkonto Nr. 1820

Buchungstag	Betr. in EUR	Gegenkonto	Buchungstext/Herkunft
02.01.2024	111,10	3740	AOK Hessen 003633468260 OB-93779307 EUR 111,10- U1/U2-ERSTAT
02.01.2024	125,81	3740	BARMER EUR 125,81- U1/U2-ERSTATTUNG 122023 EREF: C0038671773
05.02.2024	225,36	70029	Domainfactory GmbH Rg. 35449919 v. 31.01.24Rg. 35341630 v. 3
12.02.2024	1.638,56	70233	HDI Porsche Rückerst. V-071-989-162-8 / KRAFTFAHRTVERSICHERU
19.02.2024	9.981,19	3841	ERSTATT.143/101/63717 UMS.ST 4VJ. 2023 9.981,19 EUR
19.02.2024	349,00	7685	Bundeskasse LB SE 1302 KFZ-Steuer Erstattung EREF: 03197092-
27.02.2024	821,80	70250	ARAG SE 11 0093 1977 3833 ARAG Versicherungen Gutschrift 18.
27.02.2024	9.520,00	70520	Rueckzahlung Guthaben gem. Rechnung 2024000549
27.02.2024	4.195,00	70392	GEWSTEUER AEND.VZ 2024 ADRNR:7699 OBJ:7733
29.02.2024	856,00	3730	FA LB Erst. aufgrund zu hoch beantragter Wert für 11.2023 71
06.03.2024	825,48	6562	Porsche Financial /INV/ 2405001376 Endabrechnung Kilometer /
12.03.2024	4.089,00	70242	Stadt Muhlheim RNR/KD 100020180-4 Datum 05.03.2024 Betrag 4.
21.03.2024	22.610,00	10032	Zahlungseingang für Kundenrechnung 319
26.03.2024	2.863,00	7610	Stadt München 5290076660007, 914310163717, Gewerbesteuer-Vor
22.04.2024	1.363,34	70306	COSMOS Rückzahlung Kfz Beitrag 923191327 LB-SE 1706 EREF: 71
26.04.2024	235,00	7685	Bundeskasse Weiden LB SE 1706 KFZ-Steuer Erstattung EREF: 03
16.05.2024	612,50	3740	TK-Beleg 140524,AC017,562 U1/U2-Erstattung 042024 EREF: 4307
22.05.2024	36.503,66	3840	ERSTATT.143/101/63717 UMS.ST 1VJ.24 36.503,66 EUR EREF: 143/
28.05.2024	1.182,10	3740	TK-Beleg 270524,AC584,562 U1/U2-Erstattung 052024 EREF: 5007
29.05.2024	262,30	3740	BARMER EUR 262,30- U1/U2-ERSTATTUNG 052024 EREF: C0038671987
03.06.2024	176,17	3740	TK-Beleg 290524,AC409,562 U1/U2-Erstattung 042024 EREF: 7507
29.07.2024	63.664,61	1264	Ablösung Verbindlichkeiten ANAM: Qumodus Projektgesellschaft
29.07.2024	943.634,51	1265	Ablösung Verbindlichkeiten ANAM: Qumodus Projektgesellschaft
29.07.2024	95.707,53	1273	Ablösung Verbindlichkeiten ANAM: Qumodus Projektgesellschaft
29.07.2024	225.048,22	1273	Ablösung Verbindlichkeiten ANAM: Qumodus Projektgesellschaft
	1.426.601,24		